

Im November 2020 stellte die SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) eine Anfrage zum sozialverträglichen Wohnen ([VII/2020/01836](#)). Diese umfasste auch Nachfragen zum altengerechten Wohnen und zum Wohnraum für Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Verwaltung berichtete in Ihrer Antwort von einem regelmäßigen Austausch mit kommunalen und privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen. Eine Bedarfserhebung bei Betroffenen hat bislang nicht stattgefunden.

Vor diesen Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Inwieweit ergreift die Stadtverwaltung derzeit Maßnahmen zur Schaffung von altengerechten Wohnen, rollstuhlgerechten Wohnen und zum Wohnraum für Menschen mit Behinderungen?
2. Inwieweit finden Gesprächen zwischen Stadtverwaltung und kommunalen Wohnungsgenossenschaften zur Schaffung dieses Wohnraums statt?
3. Wie schätzt die Stadtverwaltung den Anteil an behindertengerechten Wohnen in Halle innerhalb der kommunalen Wohnungsunternehmen ein?
4. Wie schätzt die Stadtverwaltung den Anteil an behindertengerechten Wohnen in Halle insgesamt ein?
5. Wie schätzt die Stadtverwaltung den Anteil an altengerechten Wohnen in Halle innerhalb der kommunalen Wohnungsunternehmen ein?
6. Wie schätzt die Stadtverwaltung den Anteil an altengerechten Wohnen in Halle insgesamt ein?
7. Wie schätzt die Stadtverwaltung den Anteil an rollstuhlgerechten Wohnraum in Halle innerhalb der kommunalen Wohnungsunternehmen ein?
8. Wie schätzt die Stadtverwaltung den Anteil an rollstuhlgerechten Wohnraum in Halle insgesamt ein?
9. Ist der Verwaltung bekannt, zu welchen Mietpreisen alters-, behinderten- und rollstuhlgerechter Wohnraum angeboten wird? Falls ja, wie unterscheidet sich dieser Mietpreis von vergleichbaren Wohnungen?
10. Wirkt die Verwaltung darauf hin, dass bei grundhaften Sanierungen oder Neubauten der städtischen Wohnungsunternehmen bereits Vorkehrungen für eine alters-, behinderten- oder rollstuhlgerechte Nutzung (z.B. breitere Türen, größere Bäder etc.) getroffen werden? Falls nein, warum nicht?
11. Warum wurde eine Bedarfserhebung bei Betroffenen bislang nicht durchgeführt, obwohl dies seitens der Verwaltung in einer öffentlichen Podiumsdiskussion zugesagt wurde?

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

gez. Kay Senius
sozialpolitischer Sprecher
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)